

Parteitag

der Christlich-Sozialen Union

Beschluss
des Parteitags

**Lebensleistung honorieren -
Sicherheit im Alter**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

77. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	19./20. Oktober 2012
Leitantrag „Lebensleistung honorieren – Sicherheit im Alter“	Beschluss: <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Parteivorstand	

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU will Lebensleistung auch im Alter honorieren und Altersarmut vermeiden und bekämpfen. Wer sein Leben lang gearbeitet und Vorsorge betrieben hat, muss im Alter angemessen abgesichert sein. Gleichzeitig wollen wir die Weichen am Arbeitsmarkt so stellen, dass auskömmliche Rentenansprüche entstehen.

I. Rente: Spiegel der Lebensleistung

Das deutsche Rentensystem ist eine Erfolgsgeschichte. Es ist ein wichtiger Stützpfeiler für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und gewährleistet eine im weltweiten Vergleich herausragende Versorgung für die ältere Generation.

- Unser Rentensystem ist leistungsorientiert, weil es auf der Erarbeitung eigener Ansprüche beruht.
- Unser Rentensystem ist solidarisch, weil es auf einem Generationenvertrag fußt.
- Unser Rentensystem ist paritätisch, weil es getragen wird von der Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

An diesen bewährten Grundsätzen unseres Rentensystems wollen wir festhalten und auf dieser Basis die Zukunftsherausforderungen bewältigen. Die Stabilität des Rentensystems beruht darauf, dass wir heute und in der Zukunft Beitragszahler haben, deshalb ist die Erwerbstätigkeit heute und das Großziehen von Kindern gleichermaßen die Grundlage für sein Funktionieren. Die eigenständige Bewertung von Kindererziehung ist kein Geschenk, sondern ein Äquivalent für erbrachte Leistung in das Rentensystem.

Zur Lebensleistung vieler Millionen Frauen in Deutschland gehört, dass sie Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt haben. Derzeit ist diese Leistung in der Rente zu gering bewertet. Die Rente muss nämlich ein Spiegel der gesamten Lebensleistung sein.

Aufwertung der Kindererziehung für Geburten vor 1992

Erste Priorität hat für uns, die Bewertung der Kindererziehung im Generationenverlauf anzugleichen. Für vor 1992 geborene Kinder bekommen Mütter bislang nur ein Kindererziehungsjahr in der Rente, während für nach 1992 geborene Kinder drei Kindererziehungsjahre gutgeschrieben werden. Diese Gerechtigkeitslücke gilt es auszugleichen. Für zukünftige Rentnerinnen sind daher drei Kindererziehungsjahre pro Kind anzurechnen, also auch für vor 1992 geborene Kinder. Damals war es bei weitem noch nicht so gut wie heute möglich, Kindererziehung und Erwerbstätigkeit zu verbinden. Gleichzeitig

sind diese Mütter, wenn sie in die Rente kommen zusätzlich von der beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus betroffen. Damit begegnen wir zugleich der wichtigsten Ursache von weiblicher Altersarmut. Weit mehr Frauen als Männer nahmen und nehmen für die Kindererziehung Erwerbsunterbrechungen mit entsprechenden Einkommenseinbußen in Kauf. Diese Gerechtigkeitslücke im Generationenverlauf gerade für Neuzugänge in den Rentenbezug durch eine Angleichung der Kindererziehungszeiten zu schließen, hat für die CSU höchste Priorität und ist als Sofortmaßnahme unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Lebensleistung Pflege

Häusliche Pflege soll höhere Renten nach sich ziehen, insbesondere auch für bereits ältere Pflegenden. Durch eine Rentenversicherungspflicht wegen häuslicher Pflege, auch parallel zu dem Bezug einer vorgezogenen Altersvollrente, werden ältere Pflegepersonen abgesichert, die eine Altersrente etwa gerade deshalb vorzeitig in Anspruch nehmen, um Angehörige pflegen zu können. Die rentenrechtliche Bewertung von Pflegezeiten soll im Gleichklang mit Kindererziehungszeiten erfolgen.

Stärkung der Eigenvorsorge

Die Rentenversicherung ist ein Spiegel der gesamten Lebensleistung. Um auch Geringverdienern eine Perspektive auf eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft zu geben und ihre Leistungs- und Vorsorgebereitschaft zu stärken, soll die individuelle wie die kollektive betriebliche Altersversorgung für diesen Personenkreis attraktiver gemacht werden. Wer lebenslang gearbeitet hat und über die gesetzliche Rente hinaus privat oder betrieblich für sein Alter vorgesorgt hat, muss im Alter aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand der nicht entsprechend vorgesorgt hat.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Wir wollen den Schutz, den die Erwerbsminderungsrente bietet, durch eine Anhebung der Zurechnungszeit und eine Höherwertung der letzten vier Jahre vor Renteneintritt verbessern.

II. Altersarmut vorbeugen - Chancen am Arbeitsmarkt nutzen

Die CSU will Chancen schaffen und möglichst allen eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Dafür brauchen wir auskömmliche Löhne, familiengerechte Arbeitsbedingungen, beste Chancen für Ausbildung und Fortbildung und eine Arbeitswelt, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

Bessere Startbedingungen für Berufseinsteiger

Berufseinsteiger wünschen sich zu Recht einen sicheren, angemessen bezahlten Arbeitsplatz. Zu viele erhalten jedoch lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Grundsätzlich sollte die Wirtschaft sozialversicherungspflichtige, unbefristete

Arbeitsverträge anbieten und in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung Befristungen auf ein Mindestmaß reduzieren.

Flanken für die Zeitarbeit

Zeitarbeit ist ein unentbehrliches Element eines flexiblen, dynamischen Arbeitsmarkts. Sie muss aber auf ein vernünftiges, sozialverträgliches Maß begrenzt sein. Die CSU fordert flankierende Regelungen zum Einsatz von Zeitarbeit auf tarifvertraglicher bzw. betrieblicher Ebene. Nur so ist die Berücksichtigung konkreter branchenspezifischer und regionaler Gegebenheiten möglich. Eine pauschale gesetzliche Entleihquote lehnen wir daher ab. Zeitarbeitnehmer sollen nach einer Übergangszeit grundsätzlich dasselbe Arbeitsentgelt („Equal pay“) erhalten wie vergleichbare Arbeitnehmer des Entleihbetriebs. Bedingungen und Voraussetzung sollten in Tarifverträgen festgelegt werden. Es gibt bereits in einigen wichtigen Branchen tarifliche Vereinbarungen. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, allgemein diesem Beispiel zu folgen. Die Linie der Bundesregierung, für den Fall einer nicht gelingenden tariflichen Lösung die Einsetzung einer Kommission in Aussicht zu stellen, unterstützen wir.

Wiedereinstieg in den Beruf

Nach familienbedingten Erwerbsunterbrechungen muss der Wiedereinstieg in den Beruf ohne Karriereknick möglich sein. Gerade ein Wiedereinstieg mit reduzierter Arbeitszeit erfolgt noch zu oft in einer Verwendung unterhalb des vorhandenen Potentials. Eine Familienphase darf aber nicht zu einer Abwertung in der Arbeitswelt führen.

Die CSU fordert mehr Engagement für die berufliche Weiterqualifikation während Familienunterbrechung, flexible Arbeitszeiten auch für Väter und in Führungspositionen sowie eine familienfreundlichere Organisation der Arbeitswelt (u.a. Kinderbetreuungsangebote, Betreuungsgeld, Familienpflegezeit, Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen).

Auskömmliche Löhne - Allgemeine Lohnuntergrenze

Klares Ziel einer sozialen Marktwirtschaft muss die angemessene und möglichst auskömmliche Entlohnung von Arbeit sein. Die Festlegung angemessener Entgelte ist dabei ureigenste Aufgabe der Tarifparteien. Lohndumping muss verhindert werden. Eine Politisierung der Lohnfindung über einen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab. Deshalb haben wir die Möglichkeit von Branchen-Mindestlöhnen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und eine Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit eingeführt.

Zusätzlich sollte zukünftig die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Wir halten es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung der Einzelheiten und Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

Aufwertung „frauentypischer“ Berufe

Geschlechtsbedingte Lohnunterschiede darf es nicht geben. Arbeitgeber und Tarifpartner haben geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beseitigen. Insbesondere frauendominierte Berufe im sozialen Sektor müssen entsprechend ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung bewertet und besser entlohnt werden. Die CSU unterstützt alle Maßnahmen und Initiativen, um beginnend bei der Berufswahl mehr Frauen in „Männerberufe“ und mehr Männer in „Frauenberufe“ zu bringen.

Beschluss des Parteitages:

Zustimmung

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP